

Inhaltsverzeichnis

zur Niederschrift über die öffentliche 02./X. Ratsperiode Sitzung des Integrationsrates der Stadt Kleve am Montag, dem 01.12.2014, 16.00 Uhr, im Interimsrathaus - Zi. 005

	<u>Seite</u>
1. Benennung der Vertreter der Fraktionen nach § 10 der Geschäftsordnung des Integrationsrates	3
2. Entsendung von Vertretern caritativer/ sozialer Einrichtungen als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Integrationsrat	4
3. Bericht über die Asylbewerberentwicklung in der Stadt Kleve	4 - 6
4. Die Arbeit des Integrationsrates; Themenvorschläge	6 - 7
5. Haushaltssatzung für das Jahr 2015	7
6. Mitteilungen	
a) Mitgliedschaft im Landesintegrationsrat	7
7. Anfragen	
a) Niederschriften	7
b) Polizeieinsätze Stadionstraße	7

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche 02./X. Ratsperiode Sitzung des Integrationsrates der Stadt Kleve am Montag, dem 01.12.2014, 16.00 Uhr, im Interimsrathaus - Zi. 005

Unter dem Vorsitz des
Herrn Ezer, Hüseyin
sind anwesend die Stadtverordneten:

Gietemann, Josef	SPD
Goertz, Heinz	SPD
Heyrichs, Michael	OK
Maaßen, Manfred	CDU
Meyer-Wilmes, Dr. Hedwig	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN für Siebert, Susanne

die im Rahmen der Integrationswahl gewählten
Mitglieder:

Weber, Julia	Einzelbewerberin
Dußling, Jürgen	CDU für Giessen-Kleuters, van der, Mariska
Kostiw, Lilli	CDU
Pisarek, Wladyslaw	CDU
Boskamp, Maria	SPD für Balli, Nuray
Özerdogan, Mustafa	SPD für Berg, van den Anna
Overkamp, Lambertus	SPD

Nicht anwesend:

Balli, Nuray	SPD
Berg, van den, Anna	SPD
Giessen-Kleuters, van der, Mariska	CDU
Kizilkaya, Ünver	Einzelbewerber
Siebert, Susanne	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Von der Verwaltung sind anwesend:

Erster Beigeordneter Haas
Gleichstellungsbeauftragte Tertilte-Rübo
Oberverwaltungsrätin Keyzers
Amtsrat Boltersdorf als Schriftführer

Der Vorsitzende Hüseyin Ezer begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Integrationsrates der Stadt Kleve fest.

Oberverwaltungsrätin Keyzers bittet, den Tagesordnungspunkt 1. "Haushaltssatzung für das Jahr 2015" zu verschieben. Er solle unter Tagesordnungspunkt 5 beraten werden. Die übrigen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Ausschussvorsitzender Ezer fragt, ob es Einwände gegen die Verschiebung der Tagesordnungspunkte gebe. Einwände werden nicht vorgetragen.

Vorsitzender Ezer verpflichtet die stellvertretenden Mitglieder des Integrationsrates, Frau Maria Boskamp, Herr Mustafa Özerdogan und Herrn Jürgen Dußling in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben und verliest die Verpflichtungsformel:

"Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Kleve erfüllen werden."

Die Mitglieder bekunden durch Erheben von den Plätzen ihr Einverständnis mit der Verpflichtungsformel. Der Vorsitzende verpflichtet jedes Mitglied per Handschlag.

1. **Benennung der Vertreter der Fraktionen nach § 10 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

Oberverwaltungsrätin Keyzers erläutert die Möglichkeit, Vertreter der Fraktionen nach § 10 der Geschäftsordnung mit beratender Stimme zu benennen und bittet um Nennung der Vertreter.

StV. Goertz teilt für die Fraktion Offene Klever mit, dass der Vertreter in der nächsten Sitzung des Integrationsrates nachgemeldet werde.

Der Integrationsrat ist sich darüber einig, dass auch die FDP-Fraktion einen Vertreter erst in der nächsten Sitzung meldet.

Beschluss:

Der Integrationsrat beschließt einstimmig, dass folgende Vertreter der Fraktionen gemäß § 10 der Geschäftsordnung mit beratender Stimme an den Sitzungen des Integrationsrates teilnehmen:

Fraktion	Vertreter
CDU-Fraktion	Teigelkötter, Friedrich
SPD-Fraktion	Boskamp, Heinz
Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	Hütz, Klaus-Werner

2. **Entsendung von Vertretern caritativer/ sozialer Einrichtungen als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Integrationsrat**

Oberverwaltungsrätin Keyzers erläutert, dass in der letzten Sitzung angeregt worden sei, dass in Anlehnung an die Regelungen für den Jugendhilfeausschuss in dieser Sitzung darüber beraten werden solle, ob auch für den Integrationsrat Vertreter bestimmter Institutionen und Vereine, wie z.B. dem Caritasverband, der AWO oder dem Haus der Begegnung, als ständige Mitglieder mit beratender Stimme bestellt werden sollten und § 10 (Teilnahme) um einen neuen Absatz 3 mit einer entsprechenden Regelung ergänzt werden solle.

StV. Heyrichs teilt mit, dass er eine Erweiterung des Integrationsrates ablehne. Für eine konstruktive und sachorientierte Arbeit des Integrationsrates solle die Anzahl der Mitglieder nicht überdimensioniert werden.

Erster Beigeordneter Haas teilt diese Ansicht und schlägt vor, zu bestimmten Themen Vertreter der jeweiligen Institutionen einzuladen.

StV. Goertz teilt in diesem Zusammenhang mit, dass er es für wichtig halte, dass alle Institutionen umfassend informiert würden.

Frau Weber ist wie StV. Heyrichs der Ansicht, dass der Integrationsrat nicht zu groß werden solle.

StV. Gietemann wirbt für eine Erweiterung, er teilt mit, er habe damit gute Erfahrungen im Jugendhilfeausschuss gemacht und schlägt vor, drei Institutionen (AWO, Caritasverband und Haus der Begegnung) als ständige Mitglieder mit beratender Stimme zu bestellen.

Nach einer kurzen Diskussion ist der Integrationsrat der Ansicht, dass man nicht nur einzelne ausgewählte Institutionen bestellen könne, da es auch Themen gebe, die andere Institutionen betreffen.

Erste Beigeordneter Haas macht daraufhin den Vorschlag, im Integrationsrat Themen festzulegen und auf dieser Grundlage die Entscheidung zu treffen, welche Institution jeweils eingeladen werden solle. Des Weiteren sollten die Sitzungen des Integrationsrates im Vorfeld in der Presse und im Internet angekündigt werden, so dass die Information aller Institutionen gewährleistet werden könne.

Beschluss:

Der Integrationsrat beschließt einstimmig, eine Teilnahme von Institutionen in Abhängigkeit der Themen zu ermöglichen. Zur Sicherstellung einer umfassenden Information der Institutionen sollen im Vorfeld die Sitzungen des Integrationsrates in der Presse und im Internet angekündigt werden.

3. **Bericht über die Asylbewerberentwicklung in der Stadt Kleve**

Zur derzeitigen Unterbringungssituation berichtet Erster Beigeordneter Haas, dass im Übergangsheim Stadionstraße 68 derzeit 107 Personen und in der ehemaligen Hauptschule

Materborn 12 Familien (davon 5 alleinerziehende Frauen) mit insgesamt 43 Personen untergebracht seien. Darüber hinaus seien im Gebäude Stiller Winkel 11 Personen und in freien Wohnungen 24 Familien mit insgesamt 70 Personen wohnhaft. Ein Ehepaar sei zurzeit in einem Hotel untergebracht und 6 Einzelpersonen (Frauen) seien vorübergehend in einer Wohnung in der Jülicher Straße einquartiert worden. Insgesamt würden derzeit durch den Fachbereich Arbeit und Soziales 239 Personen Leistungen nach den Bestimmungen des Asylbewerberleistungsgesetzes beziehen. Zurzeit würden ca. 3 - 7 Asylbewerber pro Woche kurzfristig von der Bezirksregierung angekündigt. Die Stadt Kleve unterhalte für die Asylbewerberunterkünfte keinerlei Verträge mit Sicherheitsfirmen. Für infrastrukturelle und technische Facility Leistungen (Hausmeisteraufgaben) sowie soziale Aufgaben sei derzeit eine Tochtergesellschaft des Theodor Brauer Hauses tätig.

Erster Beigeordneter Haas macht deutlich, dass eine Trennung von Männern und Frauen/Kinder vorrangiges Ziel sei und dieses bis spätestens Mitte/ Ende Dezember 2014 erreicht werden solle.

Aufgrund der derzeitigen angespannten Wohnsituation benötige die Stadt Kleve dringend sozialhilferechtlich angemessenen Wohnraum für Familien. Im Rahmen der weiteren Ausführungen weist Erster Beigeordneter Haas nochmals auf den Beschluss des Sozialausschusses aus dem Jahre 2006 hin, wonach Familien mit minderjährigen Kindern der Bezug von sozialhilferechtlich angemessenem Wohnraum ermöglicht werde. Darüber hinaus sei der Caritasverband Kleve, dem im Übrigen auch die soziale Betreuung der Asylbewerber übertragen worden sei, im Auftrag der Stadt Kleve tätig, um den anspruchsberechtigten Familien Wohnungen zu besorgen. Die entsprechende vertragliche Vereinbarung mit dem Caritasverband sei dahingehend erweitert worden, dass ein Betrag von bis zu 10.000 € jährlich für die Kostenübernahme im Zusammenhang mit der Anmietung von privatem Wohnraum bereit gestellt worden sei.

An der ehemaligen Hauptschule Materborn (Übergangsheim Braustraße 55) werde voraussichtlich bis Ende Dezember 2014 der Wohnraum erweitert. 60 Personen könnten dann zusätzlich untergebracht werden.

Darüber hinaus sei die Stadt Kleve bemüht, die soziale Einbindung der Asylbewerber zu verbessern. So seien die „Neubürger“ nach ihrem Umzug am 26.05.2014 in das neu eingerichtete Übergangsheim Braustraße 55 im Rahmen eines gemeinsamen Kaffeetrinkens durch die Pfarrei und die Nachbarschaft willkommen geheißen worden. Zwischenzeitlich habe sich zudem auf Einladung der Pfarrgemeinde „Zur heiligen Familie“ Materborn ein Unterstützernetzwerk bestehend aus Nachbarn, dem Jugendzentrum Materborn "Das Theo“, der evangelischen Kirche, dem Klever Kindernetzwerk, dem Flüchtlingsrat, der Caritas Kleve, der Stadt Kleve und weiteren Akteuren gebildet. Erste Ergebnisse, wie z.B. die Einrichtung eines Spielzimmers durch das Jugendzentrum "Das Theo", Möbel- und Spielspenden durch die Kollegen der Fachbereiche Arbeit und Soziales sowie Jugend und Familie, die Planung eines Dolmetscherpools, die Einrichtung eines Deutschkurses an der VHS, lägen bereits vor. Erster Beigeordneter Haas macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass lediglich ein Asylbewerber das Angebot zur Teilnahme an einem Deutschkurs abgerufen habe.

StV. Goertz fragt an, ob jeder Asylbewerber an einem Deutschkurs teilnehmen könne.

Erster Beigeordneter Haas bestätigt dies.

Frau Weber teilt mit, dass sie bei einem Besuch in der Braustraße festgestellt habe, dass die Frauentoilette verschlossen war. Erster Beigeordneter Haas sagt eine Prüfung zu.

Hinsichtlich der finanziellen Situation der Kommunen im Zusammenhang mit der Leistungsgewährung und der Unterbringung von Asylbewerbern weist Erster Beigeordneter Haas auf die offenkundig unzulängliche Finanzbeteiligung des Landes hin. Für den Haushalt 2015 seien insgesamt ca. 1,9 Millionen Euro eingeplant. Die Stadt Kleve müsse davon 1,25 Millionen Euro selbst zur Verfügung stellen.

4. **Die Arbeit des Integrationsrates; Themenvorschläge**

Ausschussvorsitzender Ezer fragt nach, mit welchen Themen sich der Integrationsrat in Zukunft beschäftigen solle.

Frau Weber schlägt vor, dass sich der Integrationsrat mit dem Thema Kinder- und Jugendarbeit für Kinder von Asylbewerbern beschäftigen solle.

StV. Dr. Meyer-Wilmes ist der Ansicht, dass der Integrationsrat ein Mittler zwischen den verschiedenen Religionsgemeinschaften sein könne. Ein interkulturelles Fest zur Vorstellung des Integrationsrates könne sie sich ebenfalls vorstellen.

StV. Goertz möchte zunächst die Wünsche aller Migranten abfragen, evtl. solle hierzu ein Formular erstellt werden.

Nach kurzer Diskussion ist der Integrationsrat der Ansicht, dass man von einem Formular absehen und über Gespräche die Bedarfe ermitteln solle.

Herr Özerdoğan schlägt vor, eine Sprechstunde des Integrationsrates zu installieren.

Herr Pisarek spricht sich für eine Zusammenarbeit mit der Hochschule Rhein-Waal aus. Man könne mit der Hochschule Broschüren in verschiedenen Sprachen verfassen.

Herr Overkamp ist der Ansicht, dass ein Integrationskonzept mit Zielen und Aufgaben des Integrationsrates erstellt werden solle.

StV. Gietemann schlägt vor, dass über ein solches Konzept, die Struktur und die Priorität der Punkte, in der nächsten Sitzung beraten werden solle.

Nach einer kurzen Diskussion über die eingebrachten Themen macht Erster Beigeordneter Haas den Vorschlag, dass man zunächst die bereits vorhandenen Angebote für Migranten vernetzen solle. Ein weiteres Thema könne die Unterstützung der Integration der Neuankömmlinge sein.

Der Vorschlag erhält eine breite Zustimmung.

Beschluss:

Der Integrationsrat beschließt einstimmig, sich zunächst mit den Themen "Vernetzung von vorhandenen Angeboten in Sportvereinen, verschiedenen Betreuungsangeboten der Kirchengemeinden, der Hochschule Rhein Waal oder anderen Vereinen, für Migranten" und "Unterstützung der Neuankömmlinge" zu beschäftigen.

5. **Haushaltssatzung für das Jahr 2015**

Erster Beigeordneter Haas erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation die Einbringung des Haushaltsentwurfes 2015.

6. **Mitteilungen**

a) Mitgliedschaft im Landesintegrationsrat

Oberverwaltungsrätin Keyzers teilt mit, dass die Mitgliedschaft im Landesintegrationsrat mit Schreiben vom 14.10.2014 beantragt worden sei. Eine Rückmeldung des Landesintegrationsrates stehe noch aus.

7. **Anfragen**

a) Niederschriften

Herr Dußling fragt nach, ob es möglich sei, dass er in den Niederschriften-Verteiler aufgenommen werde. Erster Beigeordneter Haas sagt dies zu.

b) Polizeieinsätze Stadionstraße

StV. Goertz fragt nach, ob Erkenntnisse über Polizeieinsätze an der Stadionstraße vorliegen.

Erster Beigeordneter Haas teilt mit, dass in der Zeit von Januar bis November 2014 die Polizei circa 45 Einsätze an der Stadionstraße durchgeführt habe. Nach den vorliegenden Dokumentationen der Polizei seien hierin jedoch in einem deutlichen Umfange Fehlalarme und „normale Ermittlungstätigkeiten“ enthalten, wodurch sich die Anzahl notfallmäßiger Einsätze insbesondere zur Nachtzeit mehr als halbiert habe. In den vergangenen elf Monaten sei die Polizei nur 1,5 Mal monatlich für notfallmäßige Einsätze in der Stadionstraße tätig gewesen. Konflikte im Zusammenleben der Bewohner, die oftmals kulturell bedingt seien, ließen sich leider nicht völlig ausschließen.

Ende der Sitzung: 17.48 Uhr

(Ezer)
Vorsitzender

(Boltersdorf)
Schriftführer